

SIPRI YEARBOOK 2007

**ARMAMENTS,
DISARMAMENT AND
INTERNATIONAL
SECURITY**

Kurzfassung auf Deutsch

Das internationale Stockholmer

Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung der Friedens- und Konfliktproblematik, insbesondere die der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 in Würdigung von 150 Jahren fortwährendem Frieden in Schweden gegründet.

Der Mitarbeiterstab und der Verwaltungsrat sind international.

Das Institut verfügt auch über ein international besetztes Beratungsgremium.

Die Forschungsziele von SIPRI sind:

- die Transparenz in der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle zu fördern;
- zur Prävention und Lösung von Konflikten beizutragen;
- die Vermittlung von Information an eine breitere Öffentlichkeit zu fördern.

Der SIPRI Verwaltungsrat

Botschafter Rolf Ekéus, Vorsitzender (Schweden)

Dr. Willem F. van Eekelen, Stellvertr. Vorsitzender
(Niederlande)

Dr Alexei G. Arbatov (Russland)

Jayantha Dhanapala (Sri Lanka)

Dr Nabil Elaraby (Ägypten)

Rose E. Gottemoeller (USA)

Professor Helga Haftendorn (Deutschland)

Professor Mary Kaldor (GB)

Professor Ronald G. Sutherland (Kanada)

Direktorin, Alyson J. K. Bailes (GB)

sipri

www.sipri.org

SIPRI Jahrbuch 2007

Das *SIPRI Jahrbuch 2007* ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungslieferungen, Waffenproduktion, Nuklearmächte und multilaterale Friedensoperationen sowie neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Die neuen Perspektiven, die sich durch das Konzept „Risiko“ für allgemeine Sicherheitsproblematik ergeben, sind Schwerpunkte des SIPRI Jahrbuchs 2007. Die Einführung befasst sich mit den Rahmenbedingungen von Risiko, den Schwierigkeiten bei der Prioritätensetzung sowie den Gefahren einer Fehleinschätzung. Ebenfalls betrachtet wird der Nutzen einer Risikoeinschätzung für Regierungen sowie regionale und internationale gemeinnützige Organisationen bei dem Versuch, die Sicherheit zu verbessern.

Diese Broschüre enthält eine Auswahl von Daten und wesentlichen Ergebnissen aus dem *SIPRI Jahrbuch 2007*.



Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1976 (damals unter dem Namen Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.) als friedenspädagogische Servicestelle bundesweit etabliert. Ein zentrales Anliegen seiner Arbeit ist es, Friedenserziehung durch ein Angebot fundierter Materialien, Bildungsangebote und Beratung in der Gesellschaft zu verankern und Zugänge in alltägliche Bildungszusammenhänge zu eröffnen. Dies geschieht – in enger Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis – durch direkte Unterstützung, durch Beratung und Serviceangebote, durch die intensive Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Friedenserziehung im Rahmen von Projektarbeit, durch die Entwicklung von Unterrichtsmedien, durch Seminarangebote sowie die eigenständige und schnelle Publikation der Ergebnisse über das Internet sowie in einem eigenen Verlag.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Euroatlantische Sicherheit und Institutionen	3
Größere bewaffnete Konflikte	4
Konfliktwandel und Friedenssicherung	6
Regionale Sicherheitszusammenarbeit in der ehemaligen Sowjetunion	8
Demokratische Verantwortlichkeit der Geheimdienste	9
Energie und Sicherheit: Regionale und globale Dimensionen	10
Untersuchung des Risikos für menschliches Leben	11
Militärausgaben	12
Waffenproduktion	14
Internationale Rüstungslieferungen	16
Reduzierte Sicherheitsrisiken durch Kontrolle des Besitzes und der Verwendung von zivilem Material	18
Die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der VN: Nichtverbreitung durch internationale Gesetzgebung	19
Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	20
Chemische und biologische Waffen: Entwicklung und Rüstungskontrolle	22
Konventionelle Rüstungskontrolle	23
Globale Anstrengungen zur Kontrolle von MANPADS	24
Sicherheitskontrolle relevanter Güter	25
Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung	26
Abkürzungen	30
Die SIPRI Website	33
SIPRI Neuveröffentlichungen	34
So können Sie das <i>SIPRI Yearbook 2007</i> bestellen	35

Einleitung

Das traditionelle Konzept der Bedrohung wird immer häufiger durch das Konzept „Risiko“, das ein weites Spektrum von Problemen für menschliche Sicherheit und Überleben umfasst, ersetzt.

Öffentliche Strategien, die das gesamte Risikospektrum berücksichtigen – inklusive Naturkatastrophen, sozioökonomische Gefahren sowie Konflikte und Terrorismus – haben eine bessere Chance Prioritäten richtig zu beurteilen. Es ist jedoch schwierig, alle Risiken eines Landes aufzulisten und zu vergleichen. Jüngste Ereignisse und kurz anhaltende Schwierigkeiten können Prioritäten verschieben, zudem ist schwer zu erkennen, welche Risiken selbst verursacht sind. Die meisten technischen Modelle, die sich mit Vergleich und Vorhersage von Risiken beschäftigen, berücksichtigen nicht die transnationalen, häufig globalen Risikofaktoren und analysieren weder die Verwundbarkeit noch die Lebenskraft der Weltgemeinschaft als Ganzes.

Potenzielle Komplikationen, die durch risikobasierte Sicherheitsanalysen entstehen, deuten an, dass mit Risiken zu leben sicherer sein kann als der Versuch sie zu eliminieren. Richtige Einschätzung des Risikos ist eine nützliche Bremse für potenzielle Nachlässigkeit.

Durch intensivierete multilaterale Zusammenarbeit könnten gemeinsame Lösungen für gemeinsame Risiken gefunden und anfallende Kosten verteilt werden. Der moderne Begriff „Risikogesellschaft“ kann deshalb auf die ältere Vision einer „globalen Gesellschaft“ mit einem gemeinsamen Sicherheitskonzept zurückgeführt werden.

Euroatlantische Sicherheit und Institutionen

Trotz Fokussierung der westlichen Sicherheitspolitik auf internationalen Terrorismus blieb der traditionelle sicherheitspolitische Analyseansatz im Wesentlichen unverändert.

Die USA-Einsätze im Irak scheinen eine lang anhaltende Verpflichtung für die internationale Gemeinschaft zu bedeuten. Weltumspannendes Bestreben, den Terrorismus zu bekämpfen, wurden durch die Verknüpfung mit der Irak-Intervention erschwert.

Die sich im Wandel befindende EU und NATO suchen Wege, ihre Bedeutung im Kontext neuer Herausforderungen zu beweisen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU wurde 2006 durch die Ablehnung der EU-Verfassung und die „Erweiterungsmüdigkeit“ gebremst. Der langgezogene Umformungsprozess der NATO kam wenig voran. Das Fehlen einer gemeinsamen Vision verhinderte eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO.

Russland nutzte seinen Energiereichtum um seinen nationalen Stolz wieder zu beleben, seinen Einfluss auf die Nachbarländer wieder zu stärken und seinen geopolitischen Einfluss zu maximieren. Der Einsatz der russischen Energievorräte als ein strategisches Mittel veränderte das Paradigma der internationalen Sicherheitspolitik und drängte europäische Staaten zur engeren Zusammenarbeit.

Russlands Verhalten gegenüber großen Teilen der euroatlantischen Gemeinschaft 2006 förderte das Aufkommen einer – bisher geographisch noch nicht präzisierten – „sanften“ Aufteilung zwischen dem neuen, erweiterten Westen und den weniger reformierten, integrierten Teilen Osteuropas.

Größere bewaffnete Konflikte

Transnationalismus – speziell die Rolle der Diaspora, staatlich gestützte transnationale Konflikt-Netzwerke, internationaler Terrorismus und organisierter Kriminalität – ist ein Faktor bei Konfliktanalysen, der dazu beitragen kann, die Verbindungen zwischen lokalen Ereignissen und globalen Veränderungen in der Weltordnung zu klären. Mittel und Wege zur Bekämpfung transnationaler Konflikte werden in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Angriffe der Taliban in Afghanistan wurden vermutlich von Stützpunkten in Pakistan aus unterstützt.

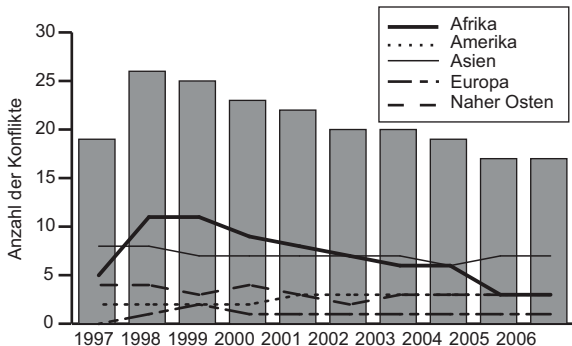
Konflikte im Jahr 2006 die Israel, die palästinensischen Gebiete und den Libanon betrafen, illustrierten die Rolle regionaler und transnationaler Konflikt-Netzwerke sowie die Verbindung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

Somalia diente als stellvertretender Schauplatz für regionale Interessen sowie als zentrale Stelle für den Kampf der USA gegen den Terrorismus. Äthiopien intervenierte militärisch, um Somalias Übergangsregierung zu stützen. Auch die somalische Diaspora, einschließlich großer Flüchtlingsgruppen, hatten Einfluss auf den Konflikt.

Die 17 größten bewaffneten Konflikte im Jahr 2005 setzten sich auch 2006 fort. (Der Konflikt zwischen Israel und Hisbollah im Libanon nicht eingerechnet, da die Zahl der Todesopfer niedriger als 1000 war.) Keiner der bestehenden Konflikte war zwischenstaatlich.

Asien war im zweiten Jahr in Folge die Region mit der größten Anzahl größerer bewaffneter Konflikte.

Regionale Verteilung und Gesamtzahl der größeren bewaffneten Konflikte, 1997–2006



Die 17 größeren bewaffneten Konflikte 2006^a

Afrika

Burundi ↓
Sudan ↓
Uganda ↓

Europa

Russland
(Tschetschenien) ↓

Amerika

Kolumbien ↓
Peru ↓
USA ↑

Naher Osten

Irak^b
Israel ↑
Türkei ↓

Asien

Afghanistan ↑^b
Indien (Kaschmir) ↓
Myanmar ↑
Nepal ↑
Philippinen ↑
Philippinen
(Mindanao) ↓
Sri Lanka ↑^b

↓/↑ = Weniger/mehr Tote durch Kampfhandlungen als 2005.

^a Für genauere Angaben siehe SIPRI Jahrbuch 2007.

^b Anzahl Tote in 2006 höher als 1000.

Konfliktwandel und Friedenssicherung

2006 wurde mehr Personal in Friedensmissionen eingesetzt als jemals zuvor. Auch die Ausgaben für Friedensmissionen waren höher als jemals zuvor. Entwicklungen zwangen die internationale Gemeinschaft wiederkehrende politische und organisatorische Dilemmas bei der Friedenssicherung zu korrigieren. Man war gezwungen die Planung, Implementierung und Evaluation von Friedensmissionen zu überprüfen.

Die VN und die NATO hatten Schwierigkeiten bei der Verstärkung ihrer Truppen im Libanon (UNIFIL) und in Afghanistan (ISAF). 2006 übernahm ISAF die volle Verantwortung für alle Regionen in Afghanistan.

Als die VN planten, sich völlig aus Osttimor zurückzuziehen, folgte der Zusammenbruch von Recht und Ordnung im Lande. Demzufolge wurde eine große, mehrdimensionale VN-Mission eingerichtet: UNMIT.

In Darfur stimmte die sudanesisische Regierung erst nach zähen Verhandlungen einer „Hybrid Union“ unter Leitung der AU und der VN zu. Eine Zustimmung wurde in verschiedenen anderen Fällen problematisch, in denen Missionen oder beteiligte Länder beschuldigt wurden, Prinzipien von Neutralität und Unparteilichkeit zu verletzen.

In einigen Mandaten und Dokumenten wurde die „Verteidigung des Mandats“ zusammen mit dem Recht auf „Selbstverteidigung“ als Rechtfertigung für den Einsatz von Gewalt genannt. Die Einsätze wurden somit „robuster“, wobei die Linie zwischen Friedenssicherung und kriegerischer Auseinandersetzung verschwimmen können.

Multilaterale Friedensoperationen, 2006

2006 wurden 60 Friedensmissionen durchgeführt: 20 unter Leitung der VN, 33 unter der Führung regionaler Organisationen oder Bündnisse und 7 wurden von *ad hoc* gebildeten Koalitionen geleitet.

2006 wurde 167 600 militärisches und ziviles Personal zu 59 Friedensmissionen entsandt, das waren 28% mehr als 2005. Nicht berücksichtigt ist hierbei die multinationale Truppe im Irak (statistischer Sonderfall).

Mit 73 500 Soldaten und militärischen Beobachtern und 14 000 Zivilpolizisten und zivilen Mitarbeitern bei 20 Missionen blieben die VN 2006 der größte Akteur. 2006 entsandten die VN mehr als doppelt soviel Personal als im Jahr 2000.

2006 haben europäische Länder zum ersten Mal seit vielen Jahren größere Kontingente zu VN-Missionen entsandt.

Die gemeinsamen Kosten für Friedensmissionen von VN, EU und NATO erreichten 2006 die Rekordhöhe von \$5,5 Mrd.

7 neue Missionen wurden 2006 gegründet: die VN-Integrierte Behörde für Sierra Leone (UNIOSIL), die VN-Integrierte Mission in Osttimor (UNMIT), die von Australien geführte internationale Sicherheitstruppe in Osttimor; die Mission der AU zur Sicherung der Wahlen auf den Komoren (AMISEC); die EU Polizeimission für die palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS); EUFOR DR Kongo und der OSZE Einsatz in Montenegro.

6 Missionen wurden 2006 beendet: der VN Einsatz in Burundi (ONUB); das VN Büro in Osttimor (UNOTIL); AMISEC; EUs Überwachungsmission in Aceh (AMM); EUs Polizei-Beratungsteam (EUPAT) in Mazedonien; und EUFOR DR Kongo.

Regionale Sicherheitszusammenarbeit in der ehemaligen Sowjetunion

Staaten der ehemaligen Sowjetunion folgen dem allgemeinen Trend der Etablierung multilateraler Institutionen, vier beinhalten sicherheitspolitische Dimensionen: die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) unter Führung von Russland, Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien (GUAM); und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), bestehend aus China, Russland und vier zentralasiatischen Staaten. Lediglich GUAM fördert das Konzept „good governance“ in inneren Angelegenheiten.

Obwohl die GUS behauptet, Kompetenzen für militärische Zusammenarbeit, Friedensoperationen und Antiterrorismus zu besitzen, waren praktische Ergebnisse begrenzt.

Russland verlagerte seine militärische Kooperation mehr hin zu OVKS. Diese hat gemeinsame, schnelle Einsatztruppen geschaffen, eine vereinte Luftverteidigung entwickelt, Zusammenarbeit bei der Ausrüstung gefördert und unterhält Antidrogen- und Terrorbekämpfungsprogramme. Militärisch scheint die OVKS die kohärenteste Gruppierung zu sein.

GUAM hat ein Terrorbekämpfungsprogramm und diskutierte gemeinsame Friedenssicherung, aufgrund divergierender Politik der Mitglieder aber mit begrenzten Ergebnissen.

SCO befasst sich mit gegenseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen und militärischer Kooperation gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus. Sie zeigt die größte Beständigkeit und Entwicklungsmöglichkeit.

Diese Gruppierungen werden wahrscheinlich in Zukunft eine wichtige Rolle in den eurasischen Sicherheitsstrukturen spielen.

Demokratische Verantwortlichkeit der Geheimdienste

Die Terrorangriffe gegen die USA am 11. Sept. 2001 und die von den USA angeführte Irak-Invasion stellten die professionelle Eignung westlicher Geheimdienste, ihr Verhältnis zu nationalen Regierungen und ihre angebliche Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen in den Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit.

In Folge wurden größere öffentliche und parlamentarische Untersuchungen über Verfehlungen und Versagen der Geheimdienste durchgeführt. Bedenken bzgl. externer Verantwortlichkeit der Geheimdienste stehen ganz oben auf der öffentlichen politischen Tagesordnung.

Eine vergleichende Studie verschiedener demokratischer Staaten zeigt, dass sich in den letzten 30 Jahren die Kontrolle der Geheimdienste weg von der Exekutive hin zu mehr demokratischer Verantwortung verschoben hat.

Kontrollsysteme über Geheimdienste stehen vor wiederkehrenden Herausforderungen und Problemen.

- Das legitime Bedürfnis nach Transparenz im Gegensatz zur Notwendigkeit der Geheimhaltung von Operationen, Quellen und Methoden;
- Gefahr der Politisierung und des Missbrauchs der Geheimdienste durch Regierungen;
- Einführung demokratischer Aufsicht über Geheimdienste in postautoritären und postkommunistischen Staaten und
- das Nachvollziehen internationaler Geheimdienstkooperation.

Inwieweit die seit kurzem existierenden Kontrollsysteme in der Lage sind, diese Herausforderungen anzugehen, bleibt nach den Ereignissen des 11. Sept. 2001 abzuwarten.

Energie und Sicherheit: Regionale und globale Dimensionen

Die Sicherung der Energieversorgung ist ein wichtiger Faktor der heutigen Außenpolitik.

Einige Staaten verfolgen einen nationalistischen Ansatz und sind bereit, militärische oder wirtschaftliche Mittel anzuwenden, um ihre Energieinteressen zu schützen. Andere Staaten zeigen größeres Verständnis für die Notwendigkeit kollektiver, institutionalisierter Maßnahmen.

Energieinteressen haben zu neuen strategischen Allianzen und Kooperationen zwischen staatlichen Akteuren auf dem Energiemarkt geführt: Exporteure, Importeure und Durchgangsländer. Diese Interessen haben auch zu Spannungen, Rivalität und Konflikten beigetragen.

Es ist wahrscheinlich, dass in Zukunft Energieressourcen eine zunehmende Rolle in innerstaatlichen Konflikten spielen werden, speziell in Afrika. Die strategische Bedeutung geographischer Gebiete die reich an Öl- und Gasvorkommen sind, wird mit Sicherheit in den nächsten Jahrzehnten zunehmen und macht sie somit anfälliger für Spannungen und Konflikte.

Obwohl Energiesicherheit traditionell als innere Angelegenheit gesehen wurde, werden einige Aspekte doch multilateral diskutiert. Kooperation zwischen den Hauptakteuren auf dem Energiemarkt kann die Sicherheit in der Energieversorgung verbessern. Bei der Energiesicherheit kann internationale Kooperation neben internationalem Wettbewerb bestehen – aber es muss ausgewogener sein als derzeit.

Ein Durchbruch bei der Entwicklung alternativer Energiequellen könnte die Voraussetzungen für Energiesicherheit zwar verbessern, aber auch neue Unsicherheiten schaffen.

Untersuchung des Risikos für menschliches Leben

Gründe für Militärausgaben einer Regierung basieren auf einem begrenzten traditionellen Sicherheitskonzept, welches eng verbunden ist mit bewaffneter Bedrohung durch Staaten. Neuere Sicherheitsanalysen – die von weiter gefassten Sicherheitsdefinitionen ausgehen – beinhalten einen Bereich nichttraditioneller Sicherheitsrisiken, denen nicht mit militärischen Mitteln begegnet werden kann.

Im Gesundheitssektor gibt es viele Beispiele, in denen nichtmilitärische Ausgaben viel kosteneffektiver für die Sicherheit menschlichen Lebens eingesetzt werden könnten. Im Vergleich zu Militärausgaben sind die Präventionsstrategien der WHO und anderer VN-Organisationen zur Reduzierung des Risikos eines verfrühten Todes oder einer Behinderung – z. B. die Grundgesundheitsversorgung oder das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele – höchst kosteneffektiv.

Es gibt Überschneidungen zwischen Risikofaktoren für Krankheit und denen für kollektive Gewalt. Dies bedeutet, dass es auch Überschneidungen zwischen den beiden Agenden „Freiheit von Mangel“ und „Freiheit von Furcht“ gibt und dieses folglich wichtige Konsequenzen für verschiedene Arten von Sicherheitsstrategien haben kann.

Knappe Ressourcen und Konkurrenz um diese sind potenzielle Quellen für Konflikte und kollektive Gewalt. Eine konstruktive Verwendung globaler Ressourcen zur Verringerung von Hunger, Umweltproblemen und Armut sowie Transfer von Ressourcen reicherer Länder an Entwicklungsländer könnte zu allgemeinen Verbesserungen führen: direkt durch Erhöhung der Lebenserwartung und indirekt durch die Stärkung globaler Sicherheit.

Militärausgaben

Globale Militärausgaben werden für 2006 auf 1204 Mrd. US-Dollar (zu aktuellen Kursen) geschätzt. Das entspricht einer realen Erhöhung von 3,5% zwischen 2005–2006 und 37% zwischen 1997–2006. Weltweite Ausgaben des Militärs im Jahr 2006 betragen 2,5% des globalen Bruttoinlandsprodukts.

Die realen Militärausgaben der USA stiegen um 53% zwischen 2001–2006, in erster Linie aufgrund der Bewilligungen von 381 Mrd. US-Dollar für militärische Operationen u.a. in Afghanistan und Irak.

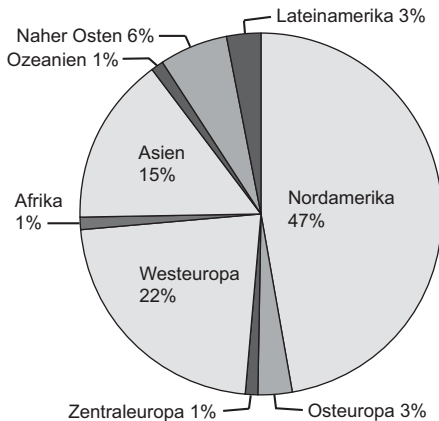
Im Jahr 2006 waren Chinas Militärausgaben die viertgrößten der Welt. China hat Japan bei den Gesamtausgaben überholt, allerdings mit wesentlich geringeren pro Kopf Ausgaben.

Die 10 Länder mit den höchsten Militärausgaben, 2006

Werte in konstanten USD (2005)

Land	Gesamte Militärausgaben (USD Mrd.)	Militärausgaben Pro Kopf (USD)	Weltanteil (%)
USA	528.7	1 756	46
GB	59.2	990	5
Frankreich	53.1	875	5
China	49.5	37	4
Japan	43.7	341	4
Deutschland	37.0	447	3
Russland	34.7	244	3
Italien	29.9	514	3
Saudi Arabien	29.0	1 152	3
Indien	23.9	21	2
Teilsomme	888.7	–	77
Welt	1 158.0	–	100

Anteile an den gesamten militärischen Ausgaben 2006, nach Weltregionen



Die Region mit der höchsten relativen Steigerung der Militärausgaben zwischen 2005–2006 war Osteuropa (real 12%). In Zentralamerika und Westeuropa sind die Militärausgaben geringfügig gesunken. Innerhalb der 10-Jahresperiode 1997–2006 haben 6 Regionen ihre Militärausgaben real um mehr als 50% gesteigert: Zentralasien, Osteuropa, der Nahe Osten, Südasien, Nordamerika und Afrika südlich der Sahara (in absteigender Reihenfolge der Ausgabenerhöhung).

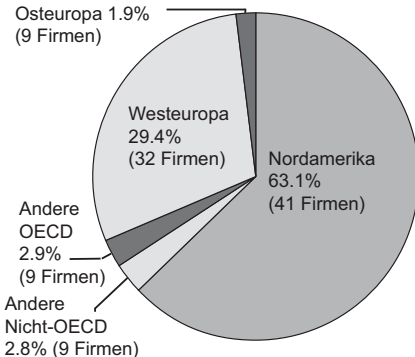
Waffenproduktion

Die Waffenverkäufe der 100 größten Waffenproduzenten (SIPRI Top 100) – außer China – wurden im Jahr 2005 auf 290 Mrd. US-Dollar geschätzt; eine reale Erhöhung von 3% gegenüber dem Vorjahr.

Zwischen 2004 und 2005 haben 6 Firmen ihre Waffenverkäufe um mehr als 1 Mrd. US-Dollar erhöht und 19 Firmen steigerten ihre Waffenverkäufe um mehr als 30%. Dies geschah meist aufgrund von Betriebsübernahmen nicht durch organisches Wachstum.

Die hohen und ständig steigenden Fixkosten moderner Waffensysteme tragen zu Veränderungen innerhalb der Waffenindustrie sowie nationaler Verteidigung und militärisch-industrieller Politik bei.

Regionale Anteile an Waffenverkäufen, SIPRI Top 100



Die führenden Waffenproduzenten

Die Liste unten zeigt die Waffenverkäufe der 25 führenden Waffenproduzenten der SIPRI Top 100 für 2005. Das Land oder die Region, in der das Unternehmen ansässig ist, wird in Klammern angegeben. Die vollständige Liste der SIPRI Top 100 für 2005 finden Sie im *SIPRI Jahrbuch 2007*.

		(Verkauf in Mio. USD)
1	Boeing (USA)	28 050
2	Northrop Grumman (USA)	27 590
3	Lockheed Martin (USA)	26 460
4	BAE Systems (GB)	23 230
5	Raytheon (USA)	19 800
6	General Dynamics (USA)	16 570
7	Finmeccanica (Italien)	9 800
8	EADS (Europa)	9 580
9	L-3 Communications (USA)	8 970
10	Thales (Frankreich)	8 940
11	United Technologies Corp. (USA)	6 840
12	SAIC (USA)	5 060
13	DCN (Frankreich)	3 520
14	Rolls Royce (GB)	3 470
15	Computer Sciences Corp. (USA)	3 400
16	ITT Industries (USA)	3 190
17	General Electric (USA)	3 000
18	Honeywell International (USA)	2 940
19	Halliburton (USA)	2 720
20	SAFRAN (Frankreich)	2 630
21	Dassault Aviation Groupe (Frankreich)	2 210
22	Mitsubishi Heavy Industries (Japan)	2 190
23	Saab (Schweden)	2 110
24	Alliant Techsystems (USA)	2 060
25	Harris (USA)	1 870

Internationale Rüstungslieferungen

Nach Angaben des SIPRI-Trendindikators stieg der Umfang der Lieferungen größerer konventioneller Waffen um beinahe 50% in dem Zeitraum 2002–2006.

Die USA und Russland waren in diesem Zeitraum die größten Waffenlieferanten und waren jeweils für ca. 30% der weltweiten Exporte verantwortlich. Exporte von EU-Ländern an Länder außerhalb der EU betragen etwas mehr als 20%. China und Indien waren die größten Waffenimporteure.

Während Waffenlieferungen an den Iran – hauptsächlich aus Russland – 2006 großes Medieninteresse hervorriefen, waren Lieferungen der europäischen Länder und der USA an Israel, Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate deutlich umfangreicher. Zu diesen Lieferungen zählten konventionelle Langstreckenwaffensysteme, die erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität in der Region haben könnten.

In dem Konflikt im südlichen Libanon Mitte 2006 zeigte sich die Hisbollah unerwartet gut bewaffnet. Der größte Teil dieser Waffen kommt vermutlich aus dem Iran und Syrien.

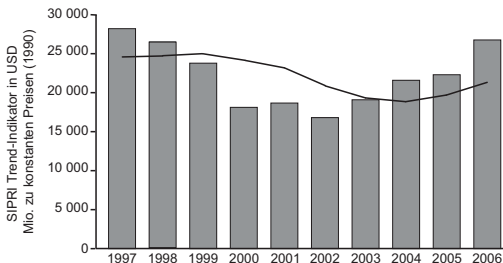
Da Entwicklungskosten für große konventionelle Waffensysteme steigen, sind die meisten Länder von anderen Staaten abhängig, um Zugang zu Waffen und Waffentechnologie zu erhalten. Einige Länder versuchen deshalb, trotz hoher wirtschaftlicher Kosten, große Waffensysteme selbst zu produzieren oder sich auf billigere Alternativen wie Massenvernichtungswaffen, Terroraktionen oder Cyberkriegsführung zu konzentrieren.

Das Waffenembargo der VN gegen Somalia wurde im Dez. 2006 aufgehoben. Im Verlauf des Jahres wurden die USA, mehrere Länder in Afrika und im Nahen Osten angeklagt, das Embargo gebrochen zu haben.

Die 10 führenden Exporteure und Importeure größerer konventioneller Waffen, 2002–2006

Exporteur	Anteil am Weltexport (%)	Importeur	Anteil am Weltimport (%)
USA	30.2	China	13.7
Russland	28.9	Indien	9.5
Deutschland	8.6	Griechenland	6.8
Frankreich	8.3	VAE	6.6
GB	4.2	Südkorea	3.6
Niederlande	3.0	Australien	3.2
Italien	2.4	Israel	3.2
China	2.0	Ägypten	2.9
Schweden	1.8	Türkei	2.8
Israel	1.6	Iran	2.4

Der Trend bei internationalen Lieferungen größerer konventioneller Waffen, 1997–2006



Das Säulendiagramm zeigt den Gesamtumfang pro Jahr. Die Linie beschreibt durchschnittliche Bewegungen im 5-jährigen gleitenden Durchschnitt gekennzeichnet am letzten Jahr jeder 5-Jahresperiode. Siehe auch URL <<http://armstrade.sipri.org/>>

Reduzierte Sicherheitsrisiken durch Kontrolle des Besitzes und der Verwendung von zivilem Material

Bestimmte zivile Materialien sowie Ausrüstung, Fachwissen und Technologien, die keinen militärischen Verwendungszweck haben, könnten in Terrorattacken oder ähnlichen Aktivitäten zwar missbraucht werden, fallen aber nicht in den Bereich der Rüstungskontrolle. Ein großer Teil dieser Güter befindet sich im Besitz der Privatindustrie.

Jegliche zur Kontrolle dieser zivilen Güter entwickelten Systeme sollten wirtschaftliche Aktivitäten nicht unterminieren. Zudem können angestrebte Kontrollen weder auf Notstandsgesetzen aufbauen noch sollten sie der Zivilgesellschaft umfassende Kontrolle entziehen.

Es besteht ein wachsender Konsens darüber, dass Wirtschaft und Regierung für die Schaffung von Sicherheit in höherem Maße zusammenarbeiten müssen. Als Teil dieser Anstrengungen muss ein einheitlicheres Regelwerk geschaffen werden, mit dem eine missbräuchliche Verwendung von zivilen Gütern für militärische Zwecke kontrolliert wird. Im Hinblick auf Sicherheit sollte das Verantwortungsbewusstsein auch in den Unternehmen geschärft werden.

Freiwillige, zertifizierte Sicherheitsstandards in der Wirtschaft sollten fester Bestandteil eines umfassenden Qualitätsmanagements von Unternehmen werden. Gesetzgeber und Unternehmen müssen zusammenarbeiten, um diese Standards zu schaffen. Die Arbeit, die im Bereich der Internationalen Organisation für Normung (ISO) und des Europäischen Komitees für Normung (CEN) bereits stattfindet, könnte Ausgangspunkt für die Entwicklung umfangreicher Sicherheitsstandards sein.

Die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der VN: Nichtverbreitung durch internationale Gesetzgebung

Resolution 1540 des Sicherheitsrats der VN, die am 28. April 2004 verabschiedet wurde, bringt auch nichtstaatliche Akteure in den Wirkungsbereich internationaler Bemühungen zur Nichtverbreitung. Die Resolution war das Ergebnis einer US-Initiative, die den langsamen und komplizierten Prozess internationaler Vertragsschließungen umgehen sollte.

Gemäß Resolution 1540 dürfen Staaten nichtstaatlichen Akteuren keine Unterstützung bei der Herstellung, Anschaffung, Besitz, Entwicklung, Transport, Überführung oder Anwendung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme geben. Die Staaten verpflichten sich auch entsprechende nationale Gesetze zu verabschieden und ihnen Geltung zu verschaffen.

Die Verabschiedung der Resolution 1540 wirft einige wichtige Fragen auf:

- Welche Befugnisse hat der Sicherheitsrat, rechtsverbindliche Resolutionen zu verabschieden, die 'gesetzgebende' Elemente gemäß Kapitel VII der Charta der VN enthalten?
- Was beinhaltet die Resolution und welche gesetzlichen Verpflichtungen werden durch sie festgelegt?
- Wie kann die Resolution effektiv umgesetzt werden?

Es scheint, als ob eine 'gesetzgebende' Resolution des Sicherheitsrats – selbst wenn sie gemäß der Charta der VN rechtlich bindend ist – kein Garant für eine effektive Antwort auf die unmittelbare Bedrohung von Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene ist.

Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

Die 5 offiziell anerkannten Atomwaffenstaaten (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, und die USA) sind alle entschlossen, ihre Kernwaffenarsenale zu erhalten und zu modernisieren. Großbritannien hat seine Entscheidung bekannt gegeben, eine neue Klasse von Atom-U-Booten zu bauen, um 2020 seine Trident-Streitmacht zu ersetzen.

Nordkorea bewies am 9. Okt. 2006 durch einen unterirdischen Atomwaffentest sein Atomwaffenpotenzial. Der Test wurde weitgehend als nur teilweise erfolgreich angesehen und es blieb unklar, ob Nordkorea in der Lage wäre, eine funktionstüchtige Atomwaffe herzustellen.

Das Direktorium der IAEA meldete dem Sicherheitsrat die Wiederaufnahme des iranischen Urananreicherungsprogrammes. Der Sicherheitsrat hatte Iran in der Resolution 1696 (Juli 2006) aufgefordert, alle Urananreicherungs- und Plutoniumspaltungsaktivitäten einzustellen. Als Antwort auf die Missachtung der Resolution verabschiedete der Sicherheitsrat im Dezember die Resolution 1737 und verhängte Sanktionen gegen die Atom- und Raketenprogramme des Iran.

Indien und die USA intensivierten ihre Bemühungen die umstrittene Initiative ziviler nuklearer Kooperation zur Stärkung des Nuklearhandels zwischen beiden Staaten zu verwirklichen. Im März 2006 einigten sie sich, Indiens Nuklearprogramme in zivile und militärische Komponenten aufzuteilen. Im Dezember verabschiedete der US Kongress den „Hyde-Act“, um Verhandlungen über ein Atomhandelsabkommen gesetzlich zu ermöglichen. Einige Gesetzesauflagen riefen Unzufriedenheit in Indien hervor.

Weltweite Nuklearmächte, Januar 2007

Land	Jahr des ersten Atomtests	Einsetzbare Sprengköpfe
USA ^a	1945	5 045
Russland ^b	1949	5 614
Großbritannien	1952	ca. 160
Frankreich	1960	348
China	1964	ca. 145
Indien	1974	ca. 50 ^c
Pakistan	1998	ca. 60 ^c
Israel	–	≤100 ^c
Nordkorea	2006	– ^d
Insgesamt		ca. 11 530

^a Das gesamte Waffenarsenal der USA, inklusive Ersatzteile und Reserven umfasst ca. 10 000 Sprengköpfe.

^b Russlands gesamtes Waffenarsenal umfasst ca. 15 000 Sprengköpfe, von denen sich ca. 9300 in Lagerung befinden oder für Demontage vorgesehen sind.

^c Die Nuklearwaffen von Indien, Israel und Pakistan gelten als nur teilweise einsetzbar.

^d Basierend auf einer Schätzung seines Lagerbestands an separiertem Plutonium wäre Nordkorea in der Lage, 6 nukleare Sprengköpfe zu produzieren.

Die oben genannten Staaten besaßen Anfang 2007 mehr als 26 000 Nuklearsprengköpfe, darunter einsetzbare Sprengköpfe, Ersatzteile, Reserven, in Lagerung befindliche oder zur Demontage vorgesehene.

Weltweit gibt es ungefähr 1700 t hochangereichertes Uran und 500 t separiertes Plutonium—genug spaltbares Material um über 100 000 Atomwaffen herzustellen.

Chemische und biologische Waffen: Entwicklung und Rüstungskontrolle

Die sechste Überprüfungskonferenz der B-Waffenkonvention fand vom 20. Nov. bis zum 8. Dez. 2006 in Genf statt. Es wurde beschlossen, zwischen 2007–10 jährliche Sitzungen zu halten, um Maßnahmen zu diskutieren, die eine effektive Implementierung der Konvention fördern, Biosicherheit und -schutz in biologischen Anlagen zu verbessern und nationale Mittel zur Überwachung, Erkennung und Diagnose von Krankheiten zu vervollkommen.

Vertragsparteien der C-Waffenkonvention von 1993 hielten vom 5.–8. Dez. 2006 ihre jährliche Konferenz in Den Haag ab. Es wurde festgelegt, dass Repräsentanten des Exekutivrats Chemiewaffenanlagen in den Vertragsstaaten besuchen sollen, die eine Verlängerungsfrist ihrer Vernichtungszeit für chemische Waffen beantragt hatten. Es gibt Bedenken, dass die Frist der Konvention zur Vernichtung aller C-Waffen bis zum 29. April 2012 nicht von allen Staaten eingehalten wird. Biosicherheit und -schutz wurden 2006 in mehreren nationalen und regionalen Zusammenhängen angegangen.

Mehrere Anschuldigungen über Entwicklung oder Anwendung von C- und B-Waffen wurden 2006 bekannt und mehr Informationen über frühere Waffenprogramme wurden zugänglich. Mangelnde verlässliche Informationen und ungenügendes Verständnis erschweren die Evaluierung von Proliferationsrisiken.

Der Bedrohung durch C- und B-Waffen muss mehr Beachtung geschenkt werden und eine Kombination nationaler und globaler Maßnahmen sollte angenommen werden.

Konventionelle Rüstungskontrolle

Der Vertrag zur Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der beim OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 verabschiedet wurde, führte 2006 zu Unstimmigkeiten zwischen Russland und den westlichen Staaten bezüglich der Interpretation des Vertragstextes.

Angesichts Russlands Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen infolge politischen Tauziehens zwischen Russland und NATO-Mitgliedsstaaten sowie aufgrund einer allgemeinen 'Rüstungskontroll-Müdigkeit' und der sich verschlechternden Stellung der OSZE, scheint die konventionelle Rüstungskontrolle derzeit nahezu stillzustehen.

Das 2006 durchgeführte OSZE Seminar zur Militärdoktrin bot die Möglichkeit zur Diskussion und Klärung aktueller Ansichten über militärische Sicherheit und gab Aufschluss über die Positionierung einzelner OSZE-Staaten.

Weitere Schritte zur Vertrauensbildung, Transparenz und verbesserter Stabilität konzentrierten sich 2006 auf Kleinwaffen und überschüssige Munition.

Da einige Vertragsparteien der Ottawa Konvention die Frist zur Vernichtung von Minen nicht einhalten werden, wurde 2006 ein Verfahren zur Verlängerung der Fristen festgesetzt.

Das Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände) zur Konvention von 1981 über speziell inhumane, konventionelle Waffen trat 2006 in Kraft.

KSE-Vertrag Obergrenzen und Gesamtbestand, Januar 2007

	Panzer	LKF	Artillerie	Flugzeuge	Helikopter	Personal
Obergrenze	38 262	59 822	37 846	13 172	3 920	5 789 181
Bestand	23 669	43 515	27 705	6 819	1 977	2 812 087

Globale Anstrengungen zur Kontrolle von MANPADS

Seit dem versuchten Abschuss eines israelischen Passagierflugzeugs in Kenia, 2002, wurden u.a. aufgrund des Bestrebens der USA versucht, den illegalen Handel mit tragbaren Luftverteidigungssystemen (MANPADS) einzuschränken, um Passagierflugzeuge vor Angriffen durch MANPADS-Raketen zu schützen.

Diese Initiativen haben den Bestand von MANPADS-Raketen, die der Gefahr von Diebstahl und anderen Verlusten ausgesetzt waren, reduziert und legten den Grundstein für deutliche Verbesserungen im Bereich der Sicherheit von Flughäfen, Exportkontrollen und des Schutzes von Flugzeugen.

Trotz dieser Fortschritte besteht die terroristische Bedrohung durch MANPADS weiter. Jüngsten Berichten zufolge wurden Raketen von nichtstaatlichen Gruppen aus Afghanistan, El Salvador, Irak, Libanon und Somalia entwendet bzw. an sie ausgeliefert oder von ihnen benutzt. Historisch gesehen sind Lieferungen von Regierungen an nichtstaatliche Akteure eine bedeutende, wenn nicht sogar die größte, MANPADS-Quelle für diese Gruppen.

Weitere Schritte zur Kontrolle des Transfers und der illegalen Verwendung von MANPADS sollten beinhalten:

- Studien zur möglichen Kontrolle von Abschusstechniken sowie eine schnelle Produktion und Installation der vielversprechendsten Technologien durch Herstellerländer;
- Globale Einführung von rigorosen, mechanischen Sicherheits- und Lagerhaltungsmethoden und
- Ausweitung von Hilfsprogrammen, um Waffendepots zu sichern und überschüssige MANPADS zu vernichten.

Sicherheitskontrolle relevanter Güter

Aktuelle globale Bemühungen, die Verbreitung von ABC-Waffen zu verhindern, führten zu verstärkter Integration von Exportkontrollen und anderen Nichtverbreitungsinstrumenten. Dies fordert eine verstärkte Zusammenarbeit von Staaten sowie Experten aus den Bereichen Geheimdienste und Exportkontrolle, Strafrecht und finanzieller Sanktionspolitik.

Maßnahmen wie die Sicherheitsresolutionen der VN aus dem Jahr 2006, die den Zugang zu bestimmten proliferationsgefährdeten Produkten für Iran und Nordkorea einschränken, sind abhängig vom effektiven Einsatz nationaler Exportkontrollen aller Staaten.

Eine kleine, jedoch wachsende Anzahl von Staaten engagiert sich in informellen Gruppen, wie der Australien Gruppe, dem Trägertechnologie-Kontrollregime, der Gruppe der Nuklearlieferländer und dem Wassenaar Arrangement, um nationale Exportkontrollen zu verstärken. Diese Staaten garantieren durch nationale Gesetze, dass proliferationsgefährdetes Material von nationalen Landesbehörden vor dem Export begutachtet und genehmigt wird.

In Fällen, in denen der Export von proliferationsgefährdeten Gütern nicht verhindert werden konnte, könnte eine verstärkte Kooperation zwischen Strafverfolgungsbehörden innerhalb der Proliferationssicherheitsinitiative mithelfen, dass illegale Warenlieferungen ihre beabsichtigten Endabnehmer nicht erreichen.

Die EU und andere Organisationen sollten die Zusammenarbeit und Durchsetzung von Exportkontrollen innerhalb ihrer Beratungs- und technischen Hilfsprogramme stärker fördern.

Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie über das humanitäre Recht in bewaffneten Konflikten, März 2007

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll)
- 1948 Vertrag über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung westeuropäischer Staaten (Brüsseler Vertrag)
- 1948 Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes (Genozid Konvention)
- 1949 Genfer Abkommen (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1954 Protokolle zum Brüsseler Vertrag von 1948 (Pariser Abkommen über die Westeuropäische Union)
- 1959 Antarktis Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststopp-Vertrag)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraum-Vertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag zur Nichtverbreitung atomarer Waffen / Atomsperrvertrag (Non-proliferation Treaty, NPT)

- 1971 Vertrag zum Verbot der Stationierung von Nuklearwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden oder dessen Untergrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie deren Vernichtung (Bio- und Toxin-Waffen-Übereinkommen, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken (PNET-Vertrag)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (ENMOD-Konvention)
- 1977 Zusatzprotokoll I und II zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler respektive nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Konvention zum physischen Schutz von Nuklearmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW-Konvention oder Konvention über „inhumane Waffen“)
- 1985 Vertrag über die nuklearfreie Zone Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)

- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF–Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (START I Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (engl.: Open Skies Treaty)
- 1992 Die Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-1A Abkommen)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und deren Vernichtung (C-Waffen Konvention)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Abkommen von Florenz; nun gültig für Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material.
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, Lagerung, Herstellung und Weitergabe von Anti-Personenminen und über deren Vernichtung (Ottawa-Konvention)

- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument von 1999 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT)

Verträge außer Kraft, März 2007

- 1972 Vertrag zur Begrenzung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen (Anti-Raketenabwehr-Vertrag) / ABM-Vertrag): seit 13. Juni 2002 nicht mehr in Kraft
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II Vertrag)
- 1996 Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Vertrag über umfassende Atomteststopps (CTBT)
- 1999 Abkommen über die Annahme des Vertrags von 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa
- 2006 ECOWAS Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semei)

Abkürzungen

ABC	Atomare, biologische und chemische (Waffen)
ABM	Anti-ballistic missile (Abfangrakete)
ALCM	Air-launched cruise missile (Luftgestützter Marschflugkörper)
APM	Anti-personell mine (Anti-Personenmine)
ATT	Arms trade treaty (Waffenhandelsvertrag)
AU	Afrikanische Union
BTWC	Bio- und Toxin-Waffen-Übereinkommen
CBM	Confidence-building measures (Vertrauensbildende Maßnahmen)
CBW	Chemische und biologische Waffe(n) (C- und B-Waffen)
CD	Conference on Disarmament (Abrüstungskonferenz)
CSBM	Confidence- and security-building measures (Sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen)
CWK	Chemiewaffenkonvention
EAPR	Euro-atlantischer Partnerschaftsrat
EDA	European Defence Agency (Europäische Verteidigungsagentur)
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

GUAM	Georgien, Ukraine, Aserbaidshan und Moldavien (Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung)
HEU	Hochangereichertes Uran
IAEA	Internationale Atomenergie Organisation
INF	Intermediate-range Nuclear Forces (Treaty) ((Vertrag über) Nukleare Mittelstreckenwaffen)
ISAF	International Security Assistance Force (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe)
KSE	(Vertrag über) konventionelle Streitkräfte in Europa
MANPADS	Man-portable air defence system (Tragbares Luftverteidigungssystem)
MTCR	Missile Technology Control Regime (Trägertechnologie-Kontrollregime)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
NPT	Non-Proliferation Treaty (Atomwaffensperrvertrag)
NRF	NATO Response Force (NATO Eingreiftruppe)
NSG	Nuclear Suppliers Group (Gruppe der Nuklearlieferländer)
OPCW	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (Organisation für das Verbot chemischer Waffen)

OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PFP	Partnership for Peace (Partnerschaft für den Frieden)
PSI	Proliferationssicherheitsinitiative
SALW	Small arms and light weapons (Klein- und Leichtwaffen)
SCO	Shanghai Cooperation Organization (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit)
SORT	Strategic Offensive Reductions Treaty (Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen)
UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon (Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon)
UNMIT	UN Integrated Mission in Timor-Leste (Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Osttimor)
VN	Vereinte Nationen
WHO	World Health Organization (Weltgesundheits-Organisation)

Die SIPRI Website

Die SIPRI Website, **www.sipri.org**, bietet eine große Menge von Daten, Informationen und Analysen an.

- Informationen über SIPRI Forschungsprojekte
- SIPRI Originaldaten in verschiedenen elektronischen Formaten
- Details und Bestellinformationen zu SIPRI Publikationen
- herunterladbare Versionen der SIPRI Policy Papers, ältere SIPRI Bücher und Jahrbuch Kapitel sowie viele Aufsätze und Artikel.

SIPRIs Online Datenbanken

Militärausgaben

http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_database1.html

Rüstungslieferungen

<http://armstrade.sipri.org>

Multilaterale Friedensoperationen

<http://conflict.sipri.org>

Nationale Exportkontrollsysteme

<http://www.sipri.org/contents/expcon/db1.html>

Fakten zu Internationalen Beziehungen und Sicherheitstrends

<http://first.sipri.org>

SIPRI Neuveröffentlichungen

Bücher

Humanitarian Military Intervention: The Conditions for Success and Failure, von Taylor B. Seybolt

Budgeting for the Military Sector in Africa: The Processes and Mechanisms of Control, hrsg. von Wuyi Omitoogun und Eboe Hutchful

The Nordic Countries and the European Security and Defence Policy, hrsg. von Alyson J. K. Bailes, Gunilla Herolf und Bengt Sundelius

Policy Papers

Foreign Military Bases in Eurasia, von Zdzislaw Lachowski

The Shanghai Cooperation Organization, von Alyson J. K. Bailes, Pál Dunay, Pan Guang und Mikhail Troitskiy

Building Stability in the North Caucasus: Ways Forward for Russia and the European Union, von Neil J. Melvin

Regionalism in South Asian Diplomacy, von Alyson J. K. Bailes, John Gooneratne, Mavara Inayat, Jamshed Ayaz Khan und Swaran Singh

Relics of Cold War: Defence Transformation in the Czech Republic, von Miroslav Tůma,

Territorial Disarmament in Northern Europe: The Epilogue of a Success Story? von Matthieu Chillaud

Diese Zusammenfassung ist im Internet auch auf Englisch, Französisch, Holländisch, Japanische, Katalanisch, Spanisch und Schwedisch erhältlich.

Weitere Informationen zu SIPRI Veröffentlichungen erhalten Sie unter: <http://books.sipri.org>

SIPRI YEARBOOK 2007

ARMAMENTS, DISARMAMENT AND INTERNATIONAL SECURITY

ISBN 978-0-19-923021-1

Hrsg. von Oxford University Press, 2007

Gebundene Ausgabe, 752 Seiten, Preis £85.00

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://yearbook2007.sipri.org>

So können Sie bestellen

Das SIPRI Jahrbuch kann über alle großen Buchhandlungen bezogen oder bei Oxford University Press bestellt werden:

Online: www.oup.co.uk/bookshop/

Telefon: +44 1536-741 017 (Europe)

+1 800-451 7556 (USA)

Zu Informationen über in Kürze erscheinende Übersetzungen des *SIPRI Yearbook 2007* ins Arabische, Chinesische, Russische und Ukrainische, wenden Sie sich bitte an SIPRI:

E-Mail: editors@sipri.org

Telefon: +46 8-655 97 00

Übersetzung der deutschen Kurzfassung:
Rosemarie Fischer und Stephanie Minkus-John in
Kooperation mit SIPRI und dem Institut für
Friedenspädagogik Tübingen e.V.

© SIPRI 2007, Druck: CM Gruppen, Bromma

Kontakt für weitere Informationen



Stockholm International Peace Research Institute

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna
Schweden

Telefon: +46 8/655 97 00
Fax: +46 8/655 97 33
E-Mail: sipri@sipri.org
URL: <http://www.sipri.org>



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Corrensstr.12
D-72076 Tübingen
Deutschland

Telefon: +49 7071/920510
Fax: +49 7071/9205111
E-Mail: kontakt@friedenspaedagogik.de
URL: <http://www.friedenspaedagogik.de>